

HPR-aktuell

Mai / Juni 2014

Veranstaltung des Hauptpersonalrates zur Dienstvereinbarung Gesundheit am 28.04.2014

Der Einladung zur Veranstaltung des Hauptpersonalrates zur „Dienstvereinbarung über das Betriebliche Gesundheitsmanagement in der Berliner Verwaltung (DV Gesundheit) am 28. April 2014 sind gut 120 Kolleginnen und Kollegen aus den Berliner Beschäftigtenvertretungen in den BVV-Saal im Rathaus Schöneberg gefolgt.



Auf der Website des Hauptpersonalrats wird der Ablauf der Veranstaltung dokumentiert und die Redebeiträge, die schriftlich vorliegen, werden zur Verfügung gestellt.

<http://www.berlin.de/hpr/aktuelles/index.html>

Wir bedanken uns bei Dr. Klaus Mucha aus dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Marion Fromm vom Finanzamt für Körperschaften III, Wilma Dypa von der Berliner Feuerwehr sowie Heike Arndt von der UKB für ihre interessanten und erhellenden Beiträge auf der Veranstaltung.

Unsere Themen

- Veranstaltung des Hauptpersonalrates zur Dienstvereinbarung Gesundheit am 28.04.2014
- Kein Grund zum Jubeln
- Die „Jugend“ hat gewählt !
- „Wowereit verspricht mehr Personal für Berliner Behörden“
- Trans*in Arbeit – Projektende und Neubeginn ?
- Freispruch für die frühere Vorsitzende des Hauptpersonalrates
- Letzte Meldung in Sachen Erhöhung der Beamtenbesoldung
- Letzte Erinnerung

Kein Grund zum Jubeln

Im Augenblick ist eine Zeit des gegenseitigen Schulterklopfens, so scheint's.

Alle handelnden Politiker finden sich gut: der Innensenator, Herr Henkel, trägt die „9% Erhöhung“ (gemeint sind die je 2% Besoldungserhöhung in 2012 und 2013, sowie die ursprünglich geplanten *künftigen* Erhöhungen von je 2,5% in 2014 und 2015) wie einen Siegerpokal vor sich her; Herr Dr. Nussbaum findet sich gut, weil er für 2015 eine Besoldungserhöhung von 2,7% zuließ (wobei 0,2% in die Pensionsrücklage fließen werden, wir sie also nicht im Geldbeutel spüren) und vermutlich, weil er überhaupt unterschrieben hat.

Herr Wowereit findet sich super, weil er jetzt gerade mal großzügiger war als Rheinland-Pfalz (dabei ignorierend, dass er „seinen“ Berliner BeamtInnen eine ganze Reihe von Sparrunden zugemutet hat). Die Abgeordneten von SPD und CDU finden sich toll, weil sie noch ein halbes Prozent (na ja, 0,4% für 2014, aber wer wird schon kleinlich sein) draufgepackt haben, sicher gegen den erklärten Widerstand von mindestens zwei der drei erstgenannten Herren.

Es tut uns leid, dass wir in den allgemeinen Frohsinn nicht mit einstimmen können. Hierzu ein kleiner, geschichtlicher Abriss:

Ja, es gab in 2011, 2012 und 2013 jeweils zum 01.08. 2%. Nach dem Haushaltsentwurf 2014/15 werden sich die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses eine Erhöhung ihrer Bezüge in Höhe von 11,6 % erlauben, sicherlich verdient und u.a. mit dem richtigen Hinweis auf die so gestiegenen Lebenshaltungskosten und die Arbeitsbelastung....

Nein, wir Berliner LandesbeamtInnen sind nicht zufrieden mit den Besoldungserhöhungen und das hat mit Undankbarkeit nichts zu tun. Sondern damit, dass unsere Berliner Besoldungsrückstände über die Jahre Geld im Wert eines ordentlichen Mittelklassewagens bedeuten, den meisten von uns aber schlicht und einfach im normalen Leben fehlen.

Nur zum Vergleich: die Inflationsrate betrug in den Jahren 2005 bis 2013 zusammengenommen 15%!

So begrüßen wir die Nachbesserung der Besoldungserhöhung durch das Abgeordnetenhaus nur als einen ersten, richtigen und überfälligen Schritt im Umdenken der Politik hinsichtlich ihrer Haltung zu den Berliner LandesbeamtInnen. Dem werden weitere, deutlichere, größere, verbindliche Schritte folgen müssen, damit wir uns besoldungstechnisch endlich wieder im Kreise der anderen BeamtInnen im Bundesgebiet wiederfinden.

Besoldungserhöhungen in Berlin in 2005		nichts
Besoldungserhöhungen in Berlin in 2006	nochmal	nichts
Besoldungserhöhungen in Berlin in 2007	wieder	nichts
Besoldungserhöhungen in Berlin in 2008	einmal	300 Euro brutto
Besoldungserhöhungen in Berlin in 2009	nochmal	300 Euro brutto
Besoldungserhöhungen in Berlin in 2010	zum 1.8.	1,5 %

Die „Jugend“ hat gewählt !

In der Zeit vom 10. März bis 19. Mai 2014 fanden die Wahlen der Jugendvertretungen statt.

Neben zahlreichen örtlichen Jugend- und Auszubildenenvertretungen (JAV) und den Gesamt- Jugend- und Auszubildendenvertretungen (GJAV) wurde auch die Haupt- Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) neu gewählt.

Von den 9 Sitzen entfielen 7 Sitze auf die Liste 1 „Gute Ausbildung & sichere Perspektiven! ver.di + GdP“ und 2 Sitze auf die Liste 2 „dbb jugend – für eine bessere Zukunft“.

In der konstituierenden Sitzung wurde Ines Rohde aus dem Bezirksamt Charlottenburg- Wilmersdorf als Vorsitzende bestätigt.

In der 1. Sitzung wurden der Kollege Gökhan Kirdas (Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg) und die Kollegin Nele Bark (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft) zu ihren Stellvertretern gewählt. Gemeinsam bilden sie den freigestellten Vorstand der HJAV.

Weitere Informationen gibt es unter www.berlin.de/hjav

Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen einen guten Start und freuen uns auf die Zusammenarbeit.



v.l.n.r.: G. Heft, M. Grummt, V. Chmiell, N. Bark, M. Jordan, I. Rohde, M. Miether, G. Kirdas, R. Wolf

„Wowereit verspricht mehr Personal für Berliner Behörden“

So titelte die Berliner Morgenpost unlängst.

Sollte die Landesregierung endlich erkannt haben, was die Beschäftigtenvertretungen, die Gewerkschaften, Berufsverbände und die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus schon lange wissen?

Nach dem Artikel in der Morgenpost ist jetzt klar, das die „festgelegte Zielmarke von 100.000 Vollzeitstellen (...) nicht zu halten“ ist.

Das ist spätestens seit Beginn der jetzigen Koalition klar.

Wenn die Stadt wächst, das Personal die Aufgaben schon heute kaum noch erfüllen kann, die Altersstruktur aufgrund fehlender Einstellungen über viel zu lange Zeiträume

verheerend ist, kann die politisch gesetzte Zahl von 100.000 nun auch vom letzten Landesregierungsmitglied nicht mehr ernsthaft vertreten werden.

Auch wenn die Erkenntnis spät kommt – wir fühlen uns bestätigt und wir hoffen, dass die späte Erkenntnis nicht zu spät kam, da wir dringend das vorhandene Personal halten und neues unverzüglich einstellen müssen.

Mit dem Fall der Zielzahl von 100.000 muss auch die bisher verordnete Stellen-Streichrate für Bezirke und Hauptverwaltungen fallen und durch eine transparente Personalbedarfsplanung ersetzt werden.

Wir sind gespannt und werden nicht nachlassen, den Finger in die Wunde zu legen.

Trans*in Arbeit - Projektende und Neubeginn?

Gehen wir ein halbes Jahr zurück und fragen uns nach den Gründen, die uns als Vorstandsmitglieder des Hauptpersonalrates bewogen hatten, die Auftaktveranstaltung des Projektes Trans*in Arbeit der Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) am 9. Oktober 2013 zu besuchen:

War es schlichte Neugier? Wohl mehr: Wir haben stets Interesse an neuen Perspektiven. Dieses Projekt versprach uns, zusammen mit anderen Menschen neue Wege in unserer Verwaltung zu beschreiten und einen „Blick über den Tellerrand“ zu wagen. Aber vor allem: Worin bestand unsere Rolle als Personalvertretung?

Einmal unabhängig von der personalvertretungsrechtlichen Auftragslage des HPR, die Personalräte zu betreten und zu unterstützen, war klar:

Hier ging es in erster Linie um die Hilfe und Unterstützung der Zielgruppe des Projektes. Denn die notwendige Integration transsexueller Kolleg_innen entspricht auch einem weiteren gesetzlichen Auftrag der Personal- und Beschäftigtenvertretungen:

§ 72 Abs.1 Nr.10 des Personalvertretungsgesetzes Berlin weist den Personalräten zu, auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu achten, sich der Anregungen und Beschwerden von Dienstkräften anzunehmen und *die Akzeptanz gegenüber Menschen unterschiedlicher sexueller Identität zu fördern und darauf hinzuwirken, dass Benachteiligungen von weiblichen und männlichen Homosexuellen, Bisexuellen und Transsexuellen abgebaut werden.*

Wir haben das Projekt über die sechs Monate aktiv begleitet und waren mit Engagement bei der Sache, weil die Art der Aufbereitung, die breite Herkunftspalette sämtlicher Teilnehmer_innen und der gemeinsame Wille, verbliebenen Resten von Intoleranz und Rückständigkeit im Denken innovativ entgegen zu treten, sehr schnell einen gemeinsamen Willen aller am Projekt Beteiligten erzeugten.

Vieles war uns neu: Sprache, Ausdruck, Gestaltung – ein mitunter völlig anderes Lebensgefühl und Befindlichkeiten, die sich uns im direkten Austausch erst einmal erschließen mussten.

Sicherlich begegneten wir in den Einzelprojekten zumeist Menschen, die gelernt haben, sich in ihrer Unterschiedlichkeit zu behaupten, die selbst Träger von Projekten sind, in der Sache bereits Veröffentlichungen herausgegeben oder an ihnen mitgearbeitet hatten. Auch das starke Interesse von Vertreter_innen privatrechtlicher Einrichtungen hat uns gezeigt, dass der Öffentliche Dienst in diesem Bereich nicht gerade avantgardistisch da-

herkommt. Die Privatwirtschaft konnte bereits mit sehr wirkungsvollen Diversity-Richtlinien punkten, die die Integration von Trans_Menschen bereits in allen Stadien regeln.

Der Konzern SAP sei hier lediglich als Beispiel zu nennen.

Allerdings gelang es uns schnell, eine Schulung an der VAK ins Leben zu rufen:

Der Workshop: *Trans* - Trans*identität - Transgender - Trans*geschlechtlichkeit* kann noch bis zum 04.09.2014 bei der VAK gebucht werden (IVM/14-BV-1100).

Er findet am 09.10.2014 statt, voraussichtlich in den neuen Räumen der VAK in der Turmstr. 86 in Berlin-Moabit.

Das Ziel für alle Personalräte, Beschäftigtenvertreterinnen und Beschäftigtenvertreter ist, Ausgrenzungen zu vermeiden und Vertrauen zu fördern. Dazu benötigen wir eine hohe Aufgeschlossenheit und permanente Lernbereitschaft.

und Vertrauen zu fördern. Dazu benötigen wir eine hohe Aufgeschlossenheit und permanente Lernbereitschaft.

Der in den letzten Jahren zunehmend diskutierte Prozess einer modernen Berliner Verwaltung bezieht sich selbstverständlich auch auf die Integration transsexueller Kolleg_innen.

Das Projekt „Trans*in Arbeit“ wurde offiziell am 14. Mai 2014 in einer Abschlussveranstaltung beendet. Die Arbeit geht für uns in den Dienststellen mit neuen Erkenntnissen weiter.

Unsere Stadt ist in den vergangenen Jahren bunter und vielfältiger geworden. Wir sind der Ansicht, diese Vielfalt muss sich in der öffentlichen Verwaltung widerspiegeln. Für uns als Personal- und Beschäftigtenvertretungen eine ständige Herausforderung –

ein Transitionsprozess für uns alle!



v.l.n.r.: A. Wabnitz, E. Ünsal (LADS) , N. Kreuzenkamp (Transgender Europe), W. Fuchs und D. Batram (Projektleitung)

*

Freispruch für die frühere Vorsitzende des Hauptpersonalrates

Das Landgericht Berlin hat die frühere Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Benita Hanke, vom Vorwurf der Vorteilsnahme und Bestechlichkeit in allen Punkten rechtskräftig freigesprochen und vollständig rehabilitiert.

Schon davor hatte das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg die vom Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf ausgesprochene Kündigung des Arbeitsverhältnisses aufgehoben.

Damit sind die unhaltbaren Vorwürfe gegen Benita Hanke nach Jahren endgültig vom Tisch.

Der Ärger und die Rufschädigungen sind jedoch geblieben.

Wir wünschen Benita Hanke alles Gute!

Letzte Meldung in Sachen Erhöhung der Beamtenbesoldung

Im Info-Gespräch des Hauptpersonalrates mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport teilte Herr Staatssekretär Krömer auf Nachfrage mit, dass die Besoldung um 2,5% zum 1. August 2014 (Tag der Zahlbarmachung) erhöht werden soll.

Diese wird erwartungsgemäß im Abgeordnetenhaus vor der Sommerpause beschlossen werden.

Die weitere Erhöhung der Besoldung um 0,4%, die die Regierungsfractionen SPD und CDU angekündigt haben, soll erst zum 1. September 2014 zahlbar gemacht werden.

Letzte Erinnerung

Die Personalrätekonferenz zum Thema „egovernment“ findet am 30. Juni 2014 ab 9 Uhr in der Urania wie geplant statt.

*Wir erwarten einen großen Teilnehmerkreis
und freuen uns auf interessante Beiträge.*

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Klaus Schroeder, Vorsitzender des Hauptpersonalrats, Klosterstr. 47, 10179 Berlin, E-Mail: hpr@hpr.berlin.de